



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

13. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

30. August 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.35 Uhr

Vorsitz: Klaus-Dieter Stallmann (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Pensionierung des Polizeipräsidenten in Bielefeld	1
<p>Der Ausschuss diskutiert kontrovers.</p>	
2 Welche Folgerungen für die Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen können aus den Krawallen am Rande des EU-Gipfels in Göteborg und des G-8-Gipfels in Genua gezogen werden?	6

LPD Feller erstattet Bericht für das Innenministerium. Es schließt sich eine Diskussion an.

^{*)} nichtöffentlicher Teil mit TOP 15 bis 17 siehe APr 13/338

3 Situation der rechtsextremen Szene in Düsseldorf

Vorlage 13/831

12

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Innenministeriums auf Vorlage 13/831 zur Kenntnis.

4 Zukunft der Polizeiausbildungsinstitute

12

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Mdgt Salmon (IM) entgegen.

5 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Informationsfreiheitsgesetz - IFG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/321

Vorlagen 13/566, 13/639 und 13/664

Zuschriften 13/358, 13/406, 13/415, 13/428, 13/429, 13/430, 13/436,
13/441, 13/442, 13/454, 13/465in Verbindung damit:**Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1311

13

Der Ausschuss will die Stellungnahmen der Kommunalen Spitzenverbände zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen abwarten und diesen Punkt in seiner Sitzung am 8. November 2001 abschließend beraten und abstimmen.

6 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1284

Vorlage 13/815

Zuschrift 13/742

14

Der Ausschuss kommt überein, am 12. September 2001 vor der Plenarsitzung in einer Sondersitzung gemeinsam mit den mitberatenden Ausschüssen über den noch zu verändernden Gesetzentwurf abzustimmen.

7 Gesetz zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1173

in Verbindung damit:

Selbstständige Schule für alle ermöglichen - mit klarer Verteilung der Finanzverantwortung und ausreichenden Ressourcen und qualitätssichernden Rahmenbedingungen

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1218

Zuschrift 13/711

15

Der Ausschuss verschiebt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

**8 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in
NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

16

Innenminister Dr. Fritz Behrens erklärt sich bereit, einen Bericht über die von seinem Ministerium zu leistenden Koordinierungsaufgaben und die in seinen Geschäftsbereich fallenden Modernisierungen abzugeben.

Über einen Termin für die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/887 soll nach Vorlage des Sitzungsplans für das Jahr 2002 entschieden werden.

**9 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Zweiten
Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung**

Vorlage 13/771

17

(Kein Diskussionsprotokoll)

Der Ausschuss nimmt Vorlage 13/771 der Landesregierung zustimmend zur Kenntnis.

10 Ein Jahr Landeshundeverordnung in NRW: Nach wie vor schwerwiegende handwerkliche und fachliche Mängel

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1278

in Verbindung damit:**Landeshundegesetz:****Menschen- und Tierschutz in rechtsstaatlicher Partnerschaft**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1308

Zuschriften 13/741, 13/778 und 13/779

17

Der Vorsitzende erinnert an die zu diesem Thema geplante öffentliche Anhörung.

11 Budgetierung in der Polizei muss dringend neu organisiert werden

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1309

in Verbindung damit:**Sicherstellung der Budgetierung bei den Kreispolizeibehörden**

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1358

18

Nach kontroverser Debatte zieht die FDP-Fraktion ihren Entschließungsantrag Drucksache 13/1358 zurück. - Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/1309 wird gegen die Stimmen der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

12 Erteilung der Betriebserlaubnis und Ausstellung eines neuen Fahrzeugscheins durch die Technische Prüfstelle bei Änderungen an Fahrzeugen - Pilotversuch

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1302

23

Der Ausschuss verständigt sich darauf, kein Votum abzugeben.

13 Anpassung der Sperrzeiten für die Außengastronomie an ein gewandeltes Konsumentenverhalten

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/1171 - Neudruck

24

Der Ausschuss verständigt sich darauf, kein Votum abzugeben.

14 Umstellung der Förderung des Feuerschutzes

Zuschriften 13/717, 13/728, 13/774, 13/753, 13/756

25

(Kein Diskussionsprotokoll)

die Lebenspartnerschaften bei den in dieser Aufgabe völlig unerfahrenen Bezirksregierungen zu schließen, möglichst bald aufgehoben werde.

Mit dem von Hans Krings vorgeschlagenen Verfahren wahre man die Rechte des Parlaments und die der Kommunalen Spitzenverbände, deren Änderungswünsche eingearbeitet würden, sodass am 12. September 2001 gemeinsam mit den mitberatenden Ausschüssen abschließend beraten werden könne.

Hans Krings (SPD) appelliert an die CDU-Fraktion, auf eine Bewertung der Sachkompetenz von Standesbeamten und Notaren zu verzichten, Ideologien beiseite zu lassen, mit dem Ausführungsgesetz handwerkliche Dinge zu regeln und Rechtssicherheit zu schaffen.

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann hält fest, der Innenausschuss werde diesen Punkt gemeinsam mit den mitberatenden Ausschüssen - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, Ausschuss für Kommunalpolitik und Rechtsausschuss - am 12. September 2001, um 9.30 Uhr, vor der Plenarsitzung abschließend beraten.

7 Gesetz zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1173

in Verbindung damit:

Selbstständige Schule für alle ermöglichen - mit klarer Verteilung der Finanzverantwortung und ausreichenden Ressourcen und qualitätssichernden Rahmenbedingungen

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1218

Zuschrift 13/711

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann schlägt vor, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen abschließend zu beraten und sich dabei auf Art. 2 Ziffer 3 zu beschränken, da nur dieser Teil in den Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses falle. Die Federführung liege beim Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Frank Baranowski (SPD) wendet ein, eine abschließende Beratung mache derzeit keinen Sinn, da der Gesetzentwurf für die zweite Lesung im Plenum noch verändert werde.

Der **Ausschuss** verschiebt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

8 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in NRW

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

Horst Engel (FDP) beantragt eine öffentliche Anhörung.

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann gibt zu bedenken, dass eine öffentliche Anhörung wegen der anstehenden Haushaltsberatungen und einer Vielzahl anderer Anhörungen frühestens im Februar oder März 2002 durchgeführt werden könne.

Hans Krings (SPD) bezweifelt die Notwendigkeit einer öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf. Es genüge, wenn der Innenminister dem Ausschuss nach Eingang aller Stellungnahmen einen Zwischenbericht über den dann aktuellen Stand der Verwaltungsmodernisierung erstatte.

Horst Engel (FDP) steht auf dem Standpunkt, dass sich eine Anhörung nicht durch einen Zwischenbericht des Ministeriums ersetzen lasse.

Heinrich Kruse (CDU) erklärt sich namens seiner Fraktion mit der Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf einverstanden und hält aufgrund der Fülle der zur Verwaltungsmodernisierung bereits vorgelegten Berichte einen weiteren Bericht nicht für notwendig.

Er wolle der FDP-Fraktion ihr Recht, eine öffentliche Anhörung zu beantragen, nicht absprechen, so **Hans Krings (SPD)**. Von einem Zwischenbericht erhoffe er sich eine nüchterne Betrachtungsweise.

Der **Ausschuss** nimmt den Vorschlag von **Innenminister Dr. Fritz Behrens** an, den Bericht auf die vom seinem Ministerium bei der Verwaltungsmodernisierung zu leistenden Koordinierungsaufgaben und die in seinen Geschäftsbereich fallenden Modernisierungen zu beschränken. - Über den Termin für eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion der